



Subscription rates for various regions including Berlin, Prussia, and other German states.

Special advertising rates for various types of notices and announcements.

Berliner Tageblatt

Ar. 50 48. Jahrgang

und Handels-Zeitung

Dienstag 4. Februar 1919

Vor der Entscheidung in Bremen.

Die Uebereabeverhandlungen in Bremen.

Die Entlassung der Bremer Volksbeauftragten. Bremen, 3. Februar. (M. Z. B.)

Folgende Resolution wurde gestern vom Rat der Volksbeauftragten sowie den Vertretern der Hamburger und Bremerhavener Truppen einstimmig angenommen:

1. Rüdzeit der jetzigen bremischen Regierung und Bildung einer neuen Regierung, die paritätisch zusammengesetzt ist unter Mitwirkung aller sozialistischen Parteien nach dem Verhältnis der abgegebenen Stimmen zur Wahl des Arbeiters- und Soldatenrates.

2. Die bewaffneten Arbeiter erklären sich bereit, die Waffen abzugeben an die einwirkenden Hamburger und Bremerhavener Truppen, die alsdann die Sicherung Bremens übernehmen und den Sicherheitsdienst organisieren.

3. Die Division Ostpreußen verpflichtet sich, in den jetzigen Stellungen zu verbleiben und den Einsatz der Hamburger und Bremerhavener Truppen nicht zu behindern. Nach dem Einmarsch dieser Truppen zieht die Division Ostpreußen ab.

In der Vollziehung des 1. und 2. Absatzes wurde die obige Resolution einstimmig angenommen. Der Rat der Volksbeauftragten sandte hierüber ein Telegramm an die Berliner Regierung und sprach dabei die Erwartung aus, daß zunächst die Einstellung der gegen Bremen gerichteten Aktion und die sofortige Zurückziehung der Division Ostpreußen erfolgt.

Die detaillierte Wache der Marinebrigade wurde von Bremen nach Norden nach 50 bis 60 Mann Sperrtruppen zurückgezogen.

Stadt und Bevölkerung stehen seit gestern unter dem Eindruck der politischen Ereignisse und der vor den Toren der Stadt liegenden Division Ostpreußen. Autos mit Besatzungen, Geschützen und Mörsern verkehren im allgemeinen in Ruhe und Ordnung abwärts. Der Straßenbahnverkehr war nur vorübergehend auf kurze Zeit unterbrochen. Ein besonderes lebhaftes Bild trug das Innere der Stadt, speziell der Marktplatz, wo im Rathaus die Einstellung der Bewaffneten zu den einzelnen Wachenstellungen stattfand. Infolge von Anklammerung großer Volksmassen wurde mehrfach daher getrocknete abgefeuert.

Die Division Ostpreußen sollte gestern früh ihren Vormarsch nach Bremen antreten. Von Emden her schloß sich das Gros gegen Bremen vor und abends fanden die Truppen in Linie nordlich von

Bergfeld, Sagehorn, Mahndorf und Arken bis Stuhr. Der Stad der Division verließ aber in Verden und soll erst Montag vormittag weitergeleitet werden.

Die Bewaffnung der Hamburger Arbeiter.

Verhängte Wachen. — Beschlagnahme der Lebensmittelmagazine. — Sympathiedemonstrationen für Bremen.

Die in Hamburg am Samstag abend gefachten Beschläge des Großen Arbeiterrates alles getan, um die Bewaffnung des Kommandos vorzubereiten. Der Rat und die Kommandos sind durch verhängte Wachen besetzt worden. Die am Hafen liegenden mehrere Millionen Wert bestehenden Lebensmittelmagazine wurden von Hamburger Arbeitern und Soldaten besetzt. Die Arbeiter sind heute morgen zwei Drittel der Arbeiterschaft zurückgezogen worden. Daran schließen auch die Arbeiter, nicht zu arbeiten. Sie veranstalteten mittags eine Demonstration zugunsten Bremens vor dem Rathaus und zogen nach dem Gewerkschaftshaus.

Braunschweig verhandelt.

Vertreter in Berlin. (Telegramm unseres Korrespondenten)

In Braunschweiger Regierungskreisen will man einen kriegsrechtlichen Konflikt mit der Reichsleitung jetzt mit allen Mitteln verhindern und eine Verständigung herbeiführen. Zu diesem Zweck waren zwei Vertreter des 1. und 2. Rates in Berlin, um sich mit der Reichsleitung in allen schwebenden Fragen auseinanderzusetzen. Die Besprechung führte dahin, daß die bestehenden Differenzen auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen beigelegt werden sollen.

Verhaftung eines sozialistischen Abgeordneten.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Wie das amtliche Organ der Braunschweiger Regierung, die 'Braunschweiger Tageszeitung', mitteilt, wurde heute der hiesige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und Mitglied der deutschen Nationalversammlung, Reichsrat Dr. Jäpper, verhaftet. Dr. Jäpper steht an der Spitze der Braunschweiger Mehrheitsfraktion und wurde von diesen und den hiesigen Abgeordneten als erster Präsident für den Braunschweiger Landtag in Aussicht genommen, dessen Zusammentritt vom 6. auf den 10. Februar verlegt worden.

Seit heute die telefonische Verbindung zwischen Weimar, Eisenach und Erfurt mehrere Stunden unterbrochen, und zwar, wie amtlich mitgeteilt wird, 'infolge Eingreifens der Unabhängigen in Erfurt, Gotha und Eisenach'.

Seit gestern ist das unter dem Kommando des Generals Metzger stehende Landjägerkorps in der Stärke von 1000 Mann hier eingetroffen. Es hat die Besetzung der Stadt übernommen. Die Differenzen zwischen dem hiesigen, dem 11. Armeekorps angehörenden Truppen und den Unabhängigen, die vom ersten Augenblick an vorhanden sind, sind noch nicht endgültig beigelegt. Die Truppen der Weimarer Garnison betonen, daß sie durchaus regierungstreu seien und für den Schutz der Nationalversammlung einzutreten würden.

Seit heute steht sich Staatssekretär Graf Brockdorff-Rantzau mit Vertretern des Auswärtigen Amtes nach Weimar.

Unser Recht auf Kolonien.

Bernhard Dernburg. (Nachdruck verboten.)

Die Frage des Schicksals der unerwarteten Parteien und Länder der Welt beschäftigt heute die Berliner Friedenskonferenz. Dabei soll auch über unser Recht auf unsere kolonialen Besitzungen entschieden werden, und es ist deshalb notwendig, daß sich in Deutschland die Stimme des Volkes erhebe, um für dieses Recht stark und lebendigst zu eintreten. Denn die Göttinger Erklärung, die sich vieler Kreise des deutschen Volkes bemächtigt und den Geist des Abbruchs und Abstands gefährt hat, ist bei diesem Kapitel noch weniger angebracht als irgendwo anders. So müssen wir fest und klar sprechen: Das demokratische deutsche Volk, welches seine Kulturmission in der Welt zu erfüllen beabsichtigt, will auf seinen Anteil an der Entwicklung kolonialer Völker nicht verzichten. Es sieht in ihm weniger eine Quelle materiellen Vorteils als eine Aufgabe sittlicher Art, und sein Ausschlag vom Nationalgefühl, als dessen Träger es sich fühlt, greift an unsere nationalen Güter. Wir können es nicht mit ansehen, daß unsere Feinde auf uns mit unerbittlicher Verachtung herabschauen als auf ein Volk, dessen wahrer Charakter als der einer brutalen Anmaßung im Sieg, einer kriegerischen Eigenheit und eines blinden Materialismus in der Niederlage, für immer festgelegt ist. Das war schon in glücklicheren Zeiten falsch und ist in unheimlicher Weise in unserer nationalen Seele erst recht ein unheiliges Erbe. Wollen wir es aber erträglich machen, so müssen wir kämpfen für unser Recht und dürfen uns nicht ergeben, auch wenn die Wogen über uns zusammenzuschlagen, und wenn uns das Meisterteil bevorsteht, sofern uns dieses Recht verweigert wird. Einen Frieden, der den uns gemachten Unzulagen nicht entspricht, werden wir nicht schließen, das müssen wir schon mit Lebendigkeit zum Ausdruck bringen.

Welches ist unser Recht? Wir haben ein vererbtes Recht in Form einer gesetzlichen Verpflichtung unserer Feinde über den Zustand des uns zulebenden Friedens. Durch die deutsche Note vom 12. Oktober 1918 hat unsere Regierung die Sache angenommen, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8. Januar und in seinen späteren Ansprüchen als Grundlage eines dauernden Rechtsfriedens niedergelegt hat. Der Zweck der einzuleitenden Verhandlungen war also lediglich der, sich über praktische Einzelheiten und ihre Anwendung zu verständigen. Dabei nahm die deutsche Regierung an, daß auch unsere Feinde sich auf den Boden der genannten Grundgedanken stellen würden. Hierauf hat unter dem 5. November die Regierung der Vereinigten Staaten geantwortet, daß der Präsident jetzt ein Memorandum der Mächte erhalten habe, in dem dieselben ihre Bereitwilligkeit zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen des Präsidenten vom 8. Januar u. a. m. mitteilen haben. Die Einzelheiten, die hierbei genannt wurden sind, haben auf die koloniale Frage keinen Bezug. Dieser Notenwechsel hat den Charakter eines Staatsvertrages und wir würden uns nicht schuldig machen an seiner Geradenwidrigkeit zu einem 'freien Papier', wenn wir nicht auf seine Nachdruck bestehen würden. Das Friedenswert des Präsidenten Wilson soll keine Kränkung finden in einem Abkommen, das eine allgemeine Verständigung aller Nationen mit bestimmten Vertragsbedingungen zum Zweck gegenseitiger Garantieleistung für die politische Unabhängigkeit der großen wie der kleinen Nationen, und unter dem Schutz dieses Völkerbundes soll der Friede stehen für den hinsichtlich der Kolonien im Punkt 5 des Präsidenten folgenden lautet ist: 'Eine freie und offene Welt und unbehindert und parteilich die Achtung aller kolonialen Rechte, die auf einer strengen Beachtung des Grundsatzes beruht, daß bei der Entscheidung über solcher Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein gleiches Gewicht haben müssen, wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Rechtsmittel bestimmt werden sollen, sollte herbeigeführt werden.' An der Beachtung der Ansprüche des deutschen Volkes auf seinen Kolonialbesitz ist ein Zweck. Wir müssen uns eintragen in die internationale für über 30 Jahre wiederprüfungs anerkannt worden. Keine kolonisierende Nation hat auf ihren Besitz ein besseres Recht als die unsere. So richten sich die Verhandlungen, um unsere Kolonien zu erhalten, darauf die Welt glauben zu machen, daß die Interessen der betroffenen Bevölkerung in unheimlicher Weise nicht aufgehoben seien, daß es ein Verbrechen gegen die Eingeborenen sein würde, sie der deutschen Herrschaft wieder auszuliefern.

Eintreffen der Reichsregierung in Weimar.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Seute nachmittag 1 Uhr 30 Minuten traf mit 14stündiger Verzögerung der Vertrag aus Berlin mit der Reichsregierung den Reichsministern, sozialistischen Abgeordneten und Vertretern der Presse hier ein. Unter den ersten Angehörigen die Volksbeauftragten Dietrich und Scheide man den Behälter und führten im Schritzen zur Stadt. Unter den Angehörigen bewachte man den Staatssekretär Dernburg, den Bevollmächtigten beim Bundesrat für die Thüringischen Staaten, Dr. Paulsen, den Bundesminister für die Thüringischen Staaten, Dr. Paulsen, den Chef der Reichsjustizverwaltung, den Justizminister Seine, den Chef der Reichsfinanzverwaltung und viele andere. Die meisten der demokratischen Abgeordneten führen sofort nach Erfurt weiter, um an der Vertrauensmännerversammlung der Deutschen demokratischen Partei teilzunehmen.